

**Was der
Aufschwung
des Rechts-
extremismus 
für den
Gewaltschutz 
in Brandenburg
bedeutet **



Netzwerk der
brandenburgischen
Frauenhäuser e.V.

Was der Aufschwung des Rechtsextremismus für den Gewaltschutz in Brandenburg bedeutet

Rechte und antifeministische Politik und ihr Einfluss auf die Gewaltschutzstrukturen in Brandenburg

S.07

Rechter Antifeminismus in Gesetzen, Politiken und Ressourcenverteilung

S.08

1. Menschenrechte: Umsetzung der Istanbul-Konvention gefährdet S.09
2. Gleichstellungspolitische Rückschritte: Finanzielle Abhängigkeit gefördert S.12
3. Gewaltschutz: Gefährdung von schützenden Umgangs- und Sorgerechtsbeschränkungen S.15
4. Einschränkung der Zivilgesellschaft: Kürzung von Projekten für Toleranz und Integration S.17
5. Einschränkung der Zivilgesellschaft: Kürzung von Projekten für queere Politik S.20
6. Einschränkung der Zivilgesellschaft: Neutralität als Waffe S.23

Wie rechter Antifeminismus gesellschaftliche Stimmungen und Diskurse beeinflusst S. 25

1. Rassistische Instrumentalisierung von Gewalt S. 26
2. Trans- und Queerfeindlichkeit S. 30
3. Vereinnahmung des Gleichstellungsdiskurses S. 32

Positionierungen aus dem Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser S. 35

Weiterführende Links und Literatur S. 37

Einleitung

Deutschland rückt nach rechts.

Bei den Kommunal- und Europawahlen im Frühsommer 2024 war die AfD in Brandenburg insgesamt die stärkste Partei. In einzelnen Kommunalparlamenten will die AfD trotz Unvereinbarkeitsbeschluss mit der neonazistischen Kleinstpartei Die Heimat (früher NPD) eine gemeinsame Fraktion bilden. Die Jugendorganisation (Junge Alternative) und mehrere Landesverbände der AfD sind laut Verfassungsschutz gesichert rechtsextrem.

Politikwissenschaftler*innen warnen, dass die Partei und die mit ihr verbundenen rechten bis neonazistischen Akteur*innen eine Gefahr für unsere Demokratie darstellen: Durch ihre autoritären politischen Vorhaben, durch ihre aggressive rassistische Debattenkultur, durch die Verharmlosung körperlicher Gewalt gegen Andersdenkende, durch kriminelle Strukturen, Praktiken des Steuerbetrugs oder der Auslandsspionage.

Viele Menschen in ganz Deutschland schauen besorgt auf die politischen Entwicklungen. Denn nicht nur der demokratische Rechtsstaat, sondern Millionen Individuen – sowohl deutsche Staatsbürger*innen als auch Zugewanderte – sind von rechter Politik, rechter Hetze und rechter Gewalt akut und ganz konkret bedroht.

Auch wir, als Einzelpersonen und als Akteur*innen der feministischen Zivilgesellschaft: Wir fürchten die Einschränkung unserer Rechte und der Rechte unser Klient*innen, Freund*innen, Nachbar*innen und Kolleg*innen. Wir fürchten eine Kürzung unserer Ressourcen und die

Beschneidung der Freiräume. Wir befürchten eine weitere Zunahme von Gewalt, wenn die extreme Rechte ihre Macht ausbauen kann und Lügen, Missgunst und Ausgrenzung, Menschen- und Demokratiefindlichkeit die gesellschaftliche Stimmung prägen.

Allerdings fühlen sich laut dem Politikwissenschaftler Olaf Sundermeyer viele Menschen in Brandenburg nicht als das „Ziel rechtsextremer Geißelungen und Anklagen“: „Für sie ist die AfD und der Rechtsextremismus per se kein Problem“, sagt er. Leiden wir also an unbegründeter Panikmache?

Um den Sorgen mit Fakten zu begegnen und der Sorglosigkeit mit Aufklärung, haben wir uns als Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser den Fragen gewidmet: Was sagen und schreiben die Rechten denn eigentlich genau? Ist Rechtsextremismus per se eine Bedrohung für Frauenrechte? Welche Folgen könnte eine Regierungsbeteiligung der extremen Rechten für die Arbeit im Frauengewalt-schutz haben? Wo widerspricht die extreme Rechte unseren Idealen und Werten?

Selbstverständlich sind alle Prognosen spekulativ, aber zum einen gilt es, die AfD und andere Akteur*innen in ihren Äußerungen und Wahlversprechen ernst zu nehmen. Wir müssen uns alle mit den potenziellen Konsequenzen argumentativ und praktisch auseinander setzen: Gerade vor Ort in den Kommunen sind die Mitarbeiter*innen der Frauenschutzeinrichtungen, Sozialarbeiter*innen, Migrationssozialarbeiter*innen, Erzieher*innen und Gleichstellungsbeauftragte gefragt, sich zum Rechtsruck zu verhalten. Es werden Fragen, Ängste und Forderungen an sie herangetragen. Zum anderen gibt es Wissen und Erfahrungen darüber, was passiert, wenn Rechte an die Macht kommen. Nicht nur der Blick in die Geschichtsbücher, sondern vor allem der Blick über den Tellerrand führt uns vor Augen,

dass aus keinem Land, in dem eine modernisierte rechte Regierung an der Macht ist, positive Nachrichten in puncto Geschlechtergerechtigkeit zu vermelden sind. Im Gegenteil: Sicher geglaubte Errungenschaften können rückgängig gemacht werden, wie beispielsweise in Argentinien aktuell deutlich wird. Weniger als einen Monat nach Amtsantritt des rechten Präsidenten wurde das Ministerium für Frauen, Gender und Diversität geschlossen. Im Juli 2024 folgte dann die Einstellung der telefonischen Beratung für gewaltbetroffene Frauen. Gleichzeitig steigen die Zahlen von häuslicher Gewalt, Femiziden und queerfeindlicher Gewalt nahezu weltweit stetig an, auch in Brandenburg.

Das Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser ist eine frauenpolitische Organisation. Durch die Zusammenarbeit der Frauenhäuser, Zufluchtswohnungen und Beratungsstellen im Land Brandenburg und die Kooperation mit anderen relevanten regionalen und bundesweiten Akteur*innen soll allen Frauen Schutz und Hilfe geboten werden. Daher versteht sich das Netzwerk auch als parteilich, demokratisch, feministisch und antirassistisch. Teil des Netzwerks ist auch die KIKO Brandenburg. Sie ist ein Projekt in Trägerschaft des NbF und die zuständige Instanz der Zivilgesellschaft für die Umsetzung der Istanbul-Konvention.

Diese kleine Handreichung „Was der Aufschwung des Rechtsextremismus für den Gewaltschutz in Brandenburg bedeutet“ für die Mitglieder des NbF und Kooperationspartner*innen der KIKO ist auf keinen Fall als Wahlempfehlung zu verstehen, sondern als Hilfestellung, Argumentationswerkzeug, Faktencheck und Ermutigung, sich dem Aufschwung der extremen Rechten zu stellen – vor Ort in den Kommunen und in der Sozialen Arbeit. Mit Argumenten, offenen Ohren und Herzen, aber mit einer klaren Haltung: Gegen Faschismus und Sexismus.



Rechte und antifemini- nistische Politik und ihr Einfluss auf die Gewalt- schutzstrukturen in Brandenburg



Rechter Antifeminismus in Gesetzen, Politiken und Ressourcenverteilung

Obwohl Gewaltschutzstrukturen und Frauenschutzeinrichtungen lebenswichtige Notfalleinrichtungen sind, sind sie im Haushalt der Kommunen, die zusammen mit den Ländern einen Großteil der Arbeit finanzieren, eine ‚freiwillige Leistung‘. Wo extrem rechte Parteien an der Macht sind, werden zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume kleiner, die Ressourcen knapper und die Programme und Gesetze frauen- und queerfeindlicher.

1. Menschenrechte: Umsetzung der Istanbul-Konvention gefährdet

Die Istanbul-Konvention erklärt geschlechtsspezifische Gewalt zur Menschenrechtsverletzung. Sie fordert Frauen und Mädchen, aber auch nicht-binäre, intersex und trans* Personen, vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen. Rechte und antifeministische Akteur*innen europaweit und auch in Brandenburg stellen das Menschenrechtsabkommen offen in Frage. In einigen europäischen Ländern wie Ungarn und der Slowakei verhinderten sie bereits die Ratifizierung des Abkommens, also ist die Istanbul-Konvention dort nicht geltendes Recht und eine Umsetzung wird nicht mehr angestrebt. In der Türkei wurde die Ratifizierung sogar zurückgezogen.

Auch im brandenburgischen Landtag stellt die AfD die Umsetzung der Istanbul-Konvention in Frage.

„Wer die Thematiken und die Reden der Alternative für Deutschland verfolgt hat, weiß, dass gerade die Istanbul-Konvention für uns ein sehr ambivalentes Thema ist.“

Birgit Bessin, AfD-Fraktion, bei der 108. Landtagssitzung am 20. Juni 2024

„Und weil die Istanbul-Konvention nicht nur die Gender-Ideologie forciert, sondern auch die Augen vor importierter Gewalt verschließt, deswegen ist es doch gerade der Weg einiger europäischer Länder, diese Istanbul-Konvention nun einmal nicht mitzutragen. Das gehört zur Ehrlichkeit und zur Realität eben auch dazu.“

Birgit Bessin, AfD-Fraktion, bei der 108. Landtagssitzung am 20. Juni 2024

FAKT IST: Für die Gewaltschutzarbeit wäre es gravierend, wenn die Politik die Umsetzung des ratifizierten Abkommens nicht mehr zum Ziel haben würde oder gar vom Abkommen zurückträte. Das Abkommen ist ein enorm wichtiges Instrument für den Gewaltschutz und die Frauenhausarbeit. Es holt Investitionen aus der Freiwilligkeit und macht sie zur menschenrechtlichen Verpflichtung. Auch benennt sie klar die gesamtgesellschaftliche Verantwortung: Geschlechterrollen und fehlende Gleichstellung sind Ursache der Gewalt.

Die Istanbul- Konvention in Frage zu stellen

HEISST

**dem Gewaltschutz
und der Frauen-
hausarbeit eines
seiner wichtigsten
rechtlichen Instru-
mente zu nehmen.**

2. Gleichstellungspolitische Rückschritte: Finanzielle Abhängigkeit gefördert

Durch rechte und antifeministische Akteur*innen drohen gleichstellungspolitische Rückschritte. Besonders die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen ist dabei bedroht, wenn rechte Politik die heteronormative Kleinfamilie mit alleinvertienendem Oberhaupt politisch und finanziell gegenüber anderen Familienmodellen bevorzugt.

„Wir treten für eine familienfreundliche Steuer- und Abgabenpolitik ein, die es unseren Familien ermöglicht, auf Wunsch, und ohne gravierende Einbußen beim Lebensstandard, auch mit nur einem Erwerbseinkommen zu leben.“

Wahlprogramm der AfD Brandenburg 2024–2029, S. 12

„Wir treten dafür ein, dass die mit dem Aufziehen von Kindern verbundenen Kosten vom Bruttoeinkommen der Familie abgezogen und die Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bei gleichbleibenden Leistungsansprüchen nur auf das entsprechend verminderte Einkommen gezahlt werden müssen.“

Wahlprogramm der AfD Brandenburg 2024-2029, S. 12

FAKT IST: Die klare Bevorzugung von Ein-Einkommensfamilien und dem jeweils höheren Bruttoeinkommen bedeuten beim bestehenden Gender Pay Gap, dass Frauen in eine größere Abhängigkeit vom Ehemann geraten. Und wir wissen: Finanzielle Kontrolle ist eine Kernfacette im System häuslicher Gewalt.



Den Ein- Einkommenshaushalt steuerpolitisch besser zu stellen

BEDEUTET

**die finanzielle
Abhängigkeit 
von Frauen zu erhöhen.**

3. Gewaltschutz: Gefährdung von schützenden Umgangs- und Sorgerechtein-schränkungen

Auch in Bezug auf das Umgangs- und Sorgerecht ist eine Verschärfung des Risikos für gewaltbetroffene Frauen zu erwarten, da rechte Parteien offen für mehr Väterrechte eintreten.

„Bei vielen getrenntlebenden Paaren leiden zudem die Väter unter den familienrechtlichen Bestimmungen, wünschen sich beispielsweise mehr Umgang mit ihren Kindern.“

Wahlprogramm der AfD Brandenburg 2024-2029, S. 14

FAKT IST: Insbesondere während und nach der Trennung ist das Risiko von Gewalt mit Todesfolge für Frauen wie für Kinder hoch. Umgangseinschränkungen und -ausschlüsse können damit dem Schutz der Betroffenen dienen.

FAKT IST AUCH: Die aktuell bestehenden familienrechtlichen Bestimmungen gewährleisten keinen ausreichenden Schutz für die gewaltbetroffenen Elternteile und Kinder. Das Recht auf Umgang und Sorge wird vielfach höher bewertet als das Recht auf Schutz vor Gewalt. Wir brauchen die Stärkung des Opferschutzes im Umgangs- und Sorgerecht und nicht die weitere Stärkung des Rechts auf Umgang und Sorge.



4. Einschränkung der Zivilgesellschaft: Kürzung von Projekten für Toleranz und Integration

Ein Ziel von extrem rechter Politik ist es, Akteur*innen, die sich für eine tolerante, vielfältige und inklusive Gesellschaft einsetzen, in ihrer Arbeit zu behindern, z.B. indem sie ihnen den Zugang zu finanziellen Ressourcen versperren.

Auch die brandenburgische AfD benennt klar, dass queeren und migrantischen Organisationen, Projekten und Initiativen die Mittel gestrichen werden sollen.

„Ein erster Schritt [um endlich Politik für den Bürger zu machen] ist die Finanzierung des sogenannten Toleranten Brandenburgs unverzüglich einzustellen.“

Lena Kotré, AfD-Fraktion, bei der 88. Landtagssitzung am 21. Juni 2023

„Wir fordern eine Prüfung und Einschränkung der Staatsausgaben. Indem unnötige Bürokratie abgebaut und die ideologisch motivierte Förderung von Vereinen, Projekten und Initiativen mit den Zielen Kampf gegen rechts, Gender, Vielfalt und Migration eingestellt werden.“

Wahlprogramm der AfD Brandenburg 2024–2029, S. 64

FAKT IST: Solche finanziellen Einschnitte würden auch die alltägliche Arbeit in Frauenhäusern und Beratungsstellen massiv erschweren, indem u.a. die Förderung für Integrationssozialarbeiter*innen fehlt oder Dolmetschdienste wegfallen.

Außerdem sind queer- und migrationspolitische Akteur*innen in unseren interdisziplinären Netzwerken gegen geschlechtsspezifische, häusliche und partnerschaftliche Gewalt immens wichtig. Nachhaltig und langfristig Gewalt zu beenden heißt, jede Form der Diskriminierung zu bekämpfen.

Die Kürzung von Projekten für Toleranz, Integration und queere Politik

BEDEUTET

ein Rückschritt 
**für eine professionelle
Frauenhausarbeit.**

5. Einschränkung der Zivilgesellschaft: Kürzung von Projekten für queere Politik

Auch die Arbeit von Organisationen, Projekten und Initiativen für queere Politik sind durch rechte und antifeministische Akteur*innen gefährdet.

Auf einer Pressekonferenz im Juni 2017 stellte die Landtagsfraktion der AfD in Brandenburg zum Beispiel den Antrag «Brandenburg stellt finanzielle wie ideelle Unterstützung der Landeskoordinierungsstelle für LesBiSchwul und Trans ein» vor. Darin wurde die Regierung aufgefordert, die Landeskoordinierungsstelle bis Ende 2018 aufzulösen und alle damit in Verbindung stehenden Vereine, Gruppen und Aktivitäten nicht weiter finanziell zu unterstützen.

„Wir [sehen] diese Landeskoordinierungsstelle als überflüssige Privilegierung dieser Gruppen und die staatliche Finanzierung dieser Einrichtung ist eine Verschiebung zugunsten einer kleinen Gruppe und einer tendenziellen Benachteiligung der heterosexuellen Mehrheit in der Gesellschaft.“

Birgit Bessin, AfD-Fraktion, bei der Pressekonferenz zum Antrag «Brandenburg stellt finanzielle wie ideelle Unterstützung der Landeskoordinierungsstelle für LesBiSchwul und Trans ein»

FAKT IST: Diskriminierung und Gewalt aufgrund von Queerfeindlichkeit sind Alltag in Deutschland und Brandenburg. Für das Jahr 2023 verzeichnete das Bundeskriminalamt 1.499 politisch motivierte Straftaten im Bereich „sexuelle Orientierung“ und 854 im Bereich „geschlechtsbezogene Diversität“ in Deutschland. Die Polizei geht dabei von einer Dunkelziffer von 90 bis 95 Prozent aus. Mittel zu streichen ist damit ein fatales und falsches Zeichen.



Das falsche Beharren auf Neutralität

IST

**ein Angriff auf die
Unabhängigkeit der
Zivilgesellschaft.**

6. Einschränkung der Zivilgesellschaft: Neutralität als Waffe

Rechte Akteur*innen haben das erklärte Ziel, ihnen unliebsame Vereine mundtot zu machen. Zur Strategie gehören dabei parlamentarische Anfragen oder 'Anzeigen' beim Finanzamt, die die Gemeinnützigkeit bedrohen. Die Förderung von gemeinnützigen Vereinen und Organisationen, die nicht direkt zu den Themen Rassismus, Gender, Vielfalt und Migration arbeiten, werden dabei durch die Prüfung der ‚Neutralität‘ angegriffen.

Hintergrund: Ein Verein unterliegt einer Satzung und den darin enthaltenen Vereinszwecken und damit nicht dem Neutralitätsgebot, gemeinnützige Vereine sollen aber parteipolitisch unabhängig sein. Rechte legen dabei den Kampf gegen Rechts als Missbrauch des Vereinsrechts und Parteilichkeit aus.

„Welche Vereine zur Überwindung von psychischer oder physischer Partnerschaftsgewalt haben ihren Sitz im Land Brandenburg? [...] Wie prüft die Landesregierung die geförderten oder durch die Landesregierung auch nur empfohlenen Vereine zur Überwindung von psychischer oder physischer Partnerschaftsgewalt auf deren politische Neutralität?“

Auszug Anfrage KA 2294, Drucksache 7/6129 Birgit Bessin (AfD-Fraktion), 25.08.2022

FAKT IST: Durch solche Anfragen und Prüfungen werden zivilgesellschaftliche Akteur*innen abgeschreckt überhaupt politisch Stellung zu beziehen. Der Zweck der Zivilgesellschaft, sich für Demokratie und Gerechtigkeit einzusetzen, wird angegriffen.



Wie rechter Antifeminismus gesellschaftliche Stimmungen und Diskurse beeinflusst

Im aktuellen politischen und gesellschaftlichen Diskurs wird Gewaltschutzarbeit massiv durch rassistische und transfeindliche Aussagen erschwert. Statt für nachhaltige Lösungen und Prävention muss gegen die Instrumentalisierung von Gewalt, gegen gleichstellungspolitische Rückschritte und gegen Menschenfeindlichkeit gekämpft werden.

1. Rassistische Instrumentalisierung von Gewalt

Rechte Politiker*innen instrumentalisieren den Schutz von Frauen und Kindern, um rassistische Hetze zu betreiben. Die Akteur*innen behaupten dabei häusliche und sexualisierte Gewalt sei ‚eingewandert‘. Sie behaupten, tausendfache Abschiebungen würden Gewalt beenden, Plätze in Frauenhäusern frei machen und wären somit der einzige Weg für Gewaltschutz.

„Wie viele Femizide wurden im Land Brandenburg in den letzten zehn Jahren von welchen Tätergruppen begangen?.“

Auszug KA 581, DS 7/1490 Birgit Bessin (AfD-Fraktion) und Volker Nothing (AfD-Fraktion), 16.6.2020

„Die importierte Gewalt ist leider in den meisten europäischen Ländern auf dem Vormarsch und auch in Deutschland. Und durch ihre Verweigerung jedweder Migrationspolitik ist es doch gerade so, dass Horden an Gewalttätern und Frauenverächtern in unser Land gelassen werden.“

Birgit Bessin, AfD-Fraktion, bei der 108. Landtagssitzung am 20. Juni 2024, Debatte zum Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen und Kindern



FAKT IST: Das sind fatale antifeministische und rassistische Unterstellungen. Gewalt kommt in allen sozialen Schichten, Bildungs- und Einkommensklassen und religiösen oder kulturellen Herkünften vor. Dass in den Frauenhäusern mitunter überproportional viele Frauen mit Migrationsgeschichte Zuflucht suchen, liegt vor allem an ihrem deutlich prekäreren Zugang zu eigenen Ressourcen, nicht an der 'Ethnie', Religion oder Kultur des Täters. Jede dritte Frau in Deutschland erlebt in ihrem Leben Gewalt, jede vierte durch ihren Partner oder Ex-Partner.

FAKT IST AUCH: Die rassistische Instrumentalisierung und die falsche Ethnisierung von Gewalt schadet allen. Sie ist verletzend für die Betroffenen, schürt Hass und Hetze, was unweigerlich zu mehr Gewalt führt. Sie verstoßen gegen unsere Prinzipien der Vertraulichkeit, Parteilichkeit für die Betroffenen, Solidarität, Selbstbestimmung, Diversität und Respekt. Gleichzeitig verbauen rassistische Täterstereotype den Weg zu langfristigen Lösungen und wirksamer Prävention.



Die Ethnisierung von Gewalt

IST

**ein Hindernis für
echte Lösungen und
echte Prävention.**

2. Trans- und Queerfeindlichkeit

Antifeministische und rechte Akteur*innen hetzen auch gegen LGBTIQ+ Personen. Wieder wird der vermeintliche Schutz von Frauen und Kindern instrumentalisiert. Aufklärung über geschlechtliche und sexuelle Vielfalt wird als ‚Frühsexualisierung‘ und das Recht auf Selbstbestimmung als Gefahr für Schutzräume verdreht.

„Gerade durch das von der Ampel geplante Selbstbestimmungsgesetz sollen Männer ungehindert in die Schutzräume von Frauen eindringen können.“

Instagram Post der AfD Brandenburg vom 8. März 2023

„Wir machen uns für die Familie stark, die im Idealfall aus Vater, Mutter und Kindern besteht. Ideologisch motivierten Versuchen, die traditionelle Familie zu diskreditieren, stellen wir uns entgegen; insbesondere wollen wir den Kult um Regenbogenfamilien beenden.“

Wahlprogramm der AfD Brandenburg 2024–2029, S. 13

FAKT IST: Frauen, queere und trans* Personen sind statistisch gesehen wesentlich öfter von Gewalt betroffen. Cis Männer üben diese Gewalt überwiegend aus. Gewalt resultiert aus normierenden und hierarchischen Geschlechterrollenbildern. Aufklärungsarbeit zu Vielfalt und das Recht auf Selbstbestimmung leisten einen Beitrag zur Gewaltfreiheit, weil sie Wissen und Akzeptanz fördern und das Menschenrecht auf sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung verankern.



3. Vereinnahmung des Gleichstellungsdiskurses

Rechte und antifeministische Akteur*innen behaupten, Gleichstellung sei bereits erreicht oder gehe inzwischen zu weit. Ihr Kernargument ist: Frauen und Männer seien gleichberechtigt, aber nicht gleich. Sie zementieren Geschlechterunterschiede und Ungleichheit als natürlich und glorifizieren sie.

Dieses diskriminierende Weltbild äußert sich in ihrem Kampf gegen die symbolische und faktische Gleichstellung von Frauen und trans* Personen: Sie wollen geschlechterinklusive Sprache verbieten, sind gegen Gleichstellungsbeauftragte, gegen Forderungen nach Parität, Quoten oder Feiertagen wie dem 8. März.

„Gendern verbieten: Gebrauch sämtlicher norm- und regelwidriger Sonderzeichen für die Kennzeichnung sogenannter geschlechtergerechter Sprache an den Schulen und Universitäten des Landes Brandenburgs sowie in offiziellen Schreiben von Schulen ist zu untersagen.“

Wahlprogramm der AfD Brandenburg 2024–2029, S. 43

„Was wir als Alternative für Deutschland aber entschieden ablehnen, ist die Gleichmacherei. Wenn immer wieder bemängelt wird, dass zu wenige Frauen in den Parlamenten sitzen, dass zu wenige Frauen sich politisch engagieren und im gleichen Atemzug nach Quote gerufen wird, dann ist das schlicht der falsche Ansatz.“

Birgit Bessin im Flyer „Gleichberechtigt? Aktuelle Standpunkte zum Jubiläum ‚100 Jahre Frauenwahlrecht‘ am 12. November 2018“ des Landtag Brandenburg

FAKT IST: Ohne Gleichstellung erreichen wir keine Gewaltfreiheit. Fehlende Gleichstellung ist Ursache von Gewalt. Gleichzeitig ist Gewalt ein Werkzeug, mit dem die bestehenden Machtverhältnisse aufrechterhalten werden.

Und genau diese Machtverhältnisse fördern und forcieren rechte und antifeministische Akteur*innen. So stellt sich die AfD gegen ein Paritätsgesetz und ist selbst die Fraktion mit den geringsten Frauenanteilen in Parlamenten. Sie sprechen von der Ablehnung der ‚Gleichmacherei‘, statt Gleichstellung und damit einen Weg in die Gewaltfreiheit zu unterstützen.

Die Vereinnahmung des Gleichstellungs- diskurses

IST

**ein Werkzeug,
um Fortschritte in
der Gleichstellung
zurückzudrehen und
zu verhindern.**





Positionierungen aus dem Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser

Antifeministische und rechte Positionen widersprechen den politischen Grundsätzen und Werten des Netzwerkes der brandenburgischen Frauenhäuser. Die Arbeit des Netzwerkes und seiner Projekte basieren laut unserem Selbstverständnis auf gleichstellungspolitischem und anti-rassistischem Denken und Handeln. Unsere Interventionen gegen Gewalt beruhen auf den Prinzipien der Vertraulichkeit, Parteilichkeit für die Betroffenen, Solidarität, Selbstbestimmung, Diversität und Respekt. Wir arbeiten mit dem Ziel, Schutz und Hilfe für alle Frauen zu sichern und Gewalt zu beenden. Die Satzung des NbF e.V. nennt als Vereinszweck auch die „überregionale politische und Öffentlichkeitsarbeit zum Aufdecken der Ursachen von Gewalt gegen Frauen und Kindern“ sowie das „Aufstellen und Durchsetzen gemeinsamer Forderungen“.

Diesen Zweck und dieses Selbstverständnis teilen die brandenburgischen Frauenhäuser mit allen anderen Frauenhäusern, wie sie beispielsweise in den Leitlinien, Posi-

tionspapieren und Selbstverständnissen der bundesweiten Zusammenschlüsse Frauenhauskoordinierung e.V. (FHK), der Zentralen Informationsstelle autonomer Frauenhäuser e.V. (ZIF), des Bundesverbands der Frauennotrufe und Frauenberatungsstellen (bff) oder im Deutschen Frauenrat formuliert sind. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Brandenburg hat eine zitatenbasierte Analyse des AfD Wahlprogramms Brandenburg vorgenommen und kommt zu dem Schluss, dass die Partei die Soziale Arbeit in vielen Bereichen einschränken will.

Sehen wir also der Realität ins Auge: Antifeministische und rechte Akteur*innen stellen eine akute Gefahr für die Soziale Arbeit im Allgemeinen und die Gewaltschutzarbeit im Besonderen dar. Sie sabotieren den Weg zu einem gewaltfreien Leben für alle – auch in Brandenburg. Sie gefährden den gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen, gefährden die Arbeit der Zivilgesellschaft, gefährden Fortschritte der Gleichstellung und der Frauengewaltschutzarbeit. Sie verschieben Diskurse von echten Lösungen und Prävention hin zu polemischen Scheinlösungen, Hass und Hetze. Damit gefährden sie nicht nur die Umsetzung von Menschenrechten, sondern ganz real das Leben von zahlreichen Brandenburger*innen.

Gleichgültigkeit oder eine falsch verstandene Neutralität gegenüber dieser Gefahr ist mit den Grundsätzen unserer Arbeit nicht vereinbar. Damit ist die Zeit des Handelns jetzt. Es ist Zeit, sich mit rechter Politik und ihren Zielen und Konsequenzen auseinanderzusetzen. Es ist Zeit, klar Stellung zu beziehen: Gegen Faschismus und Sexismus. Für Feminismus, Vielfalt und Demokratie.

Weiterführende Links und Literatur

Aktionsbündnis Brandenburg (2023), Handreichungen für die Zivilgesellschaft zum Umgang mit rechtsextremen und demokratiefeindlichen Herausforderungen: Neutralitätsgebot, Download https://aktionsbuendnis-brandenburg.de/wp-content/uploads/2023/10/Handreichung_Neutral.pdf; zuletzt am 08.08.2024.

Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff) zusammen mit BKSf, DGfPI und BAG Forsa (2019), Gegen eine Instrumentalisierung durch Rechtspopulist*innen. Positionspapier von Fachberatungsstellen zu sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt, Download unter <https://www.frauen-gegen-gewalt.de/de/ueber-uns/positionspapier-gegen-rechts.html>; zuletzt am 08.08.2024.

Der Paritätische. Gesamtverband (2018), Positionierung des Paritätischen zu Rechtsextremismus und Politik der AfD, online am 19.04.2018, Download https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/vielfalt-o-alternative/doc/180419_vr-beschluss_Position-zu-AfD.pdf; zuletzt am 08.08.2024.

Der Paritätische. Brandenburg (2024), Kernaussagen AfD Wahlprogramm, online o.D. https://www.paritaet-brb.de/fileadmin/dokumente/Berichte/Analyse_des_AfD-Wahlprogramms_Brandenburg.pdf; zuletzt am 08.08.2024.

Deutscher Frauenrat (2024), Nie Wieder: Für Frauen ist die AfD nicht wählbar, Pressemitteilung am 07.03.2024, online <https://www.frauenrat.de/nie-wieder-fuer-frauen-ist-die-afd-nicht-waehlbar/>; zuletzt am 08.08.2024.

Frauenhauskoordinierung e.V. (2019), Positionierung der Frauenhauskoordinierung gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, online am 05.12.2019, <https://www.frauenhauskoordinierung.de/publikationen/detail/positionierung-gegen-rechtsextremismus-und-rechtspopulismus>; zuletzt am 08.08.2024.

Frauenhauskoordinierung e.V. (2022), Gewaltschutz für ALLE Frauen: Positionierung von Frauenhauskoordinierung e.V. zu aktuellen Debatten um geschlechtliche Selbstbestimmung & Frauenschutzräume, online am 08.09.2022 https://www.frauenhauskoordinierung.de/fileadmin/redakteure/Publikationen/Stellungnahmen/2022-09-08_FHK_PositionierungGewaltschutzTransInterNicht-Binaer.pdf; zuletzt am 08.08.2024.

Frauenhauskoordinierung e.V. (2022), Stellungnahme von FHK zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz), online am 02.11.2022, <https://www.frauenhauskoordinierung.de/publikationen/detail/stellungnahme-zum-entwurf-eines-demokratiefoerdergesetzes>; zuletzt am 08.08.2024.

Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser e.V. (2020), Satzung vom 14.03.1995 in geänderter Fassung vom 09.09.2020.

Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser e.V. (o.D.): Verein, online <https://www.nbfev.de/verein/>; zuletzt am 08.08.2024

Sundermeyer, Olaf / rbb (2024), AfD-Erfolg bei Kommunalwahlen «In Brandenburg wird Rechtsextremismus nicht mehr als Problem wahrgenommen», rbb24 online am 10.06.24, <https://www.rbb24.de/politik/wahl/kommunalwahlen/2024/brandenburg-blick-ergebnisse-afd-nach-der-wahl-kommunalwah.html>; zuletzt am 08.08.2024.

Zentrale Informationsstelle autonomer Frauenhäuser e.V. (2019), Leitlinien, Download unter https://autonome-frauenhaeuser-zif.de/wp-content/uploads/2019/08/zif_leitlinien_autonomer_frauenhaeuser_flyer_O.pdf; zuletzt am 08.08.2024.

Zentrale Informationsstelle autonomer Frauenhäuser e.V. (2023), Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag und zur Änderung weiterer Vorschriften (SBGG), online am 11.05.2023, <https://autonome-frauenhaeuser-zif.de/stellungnahme-sbgg-2023/>; zuletzt am 08.08.2024.

Zentrale Informationsstelle autonomer Frauenhäuser e.V. (2022), Positionspapier der Jahrestagung der Autonomen Frauenhäuser 2022 zur aktuellen Debatte um geschlechtliche Selbstbestimmung, online am 09.12.2022, <https://autonome-frauenhaeuser-zif.de/positionspapier-geschlechtliche-selbstbestimmung/>; zuletzt am 08.08.2024.

Impressum:

**Netzwerk der brandenburgischen
Frauenhäuser e.V.**

Charlottenstraße 121
14467 Potsdam

www.nbfev.de

+49 331 813 298 47

© August 2024



Netzwerk der
brandenburgischen
Frauenhäuser e.V.



Netzwerk der
brandenburgischen
Frauenhäuser e.V.

www.nbfev.de